

Ausländerpolitik



Zuwanderung auf ein gesundes Mass reduzieren

Wer in die Schweiz kommt, soll für sich selbst sorgen können, sich integrieren und an die hiesige Rechtsordnung halten. Die Zuwanderung soll der Schweiz einen Nutzen bringen. Die unkontrollierte Einwanderung aus der EU setzt vor allem ältere Arbeitnehmende zunehmend unter Druck. Statt Fachkräften kommen Billigarbeitskräfte und deren Angehörige in die Schweiz. Der Volksentscheid, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern, muss endlich ernst genommen werden.

Katia Weber
Eidg. dipl. Fotofach-Assistentin



“Das Volk will keine masslose Zuwanderung. Unsere Infrastruktur, die Natur, der Arbeitsmarkt und alle gesellschaftlichen Bereiche leiden darunter. Da die Politik den Volksauftrag missachtet, braucht es ein JA zur Begrenzungs-Initiative.”

Attraktive Schweiz

Die Schweiz ist ein wunderschönes Land mit hoher Lebensqualität sowie beachtlichem Wohlstand – und soll es auch bleiben. Es verwundert nicht, dass die Schweiz für Zuwanderer ein beliebtes Ziel ist. Die Einwanderung in unser Land ist für Ausländer aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gründen attraktiv. Umso mehr müssen wir darauf achten, dass die Zuwanderung ein gesundes Mass nicht übersteigt. Dafür müssen wir wieder selber bestimmen können, wer und wie viele einwandern dürfen.

Klare Spielregeln aufstellen und durchsetzen

Die Schweiz muss gegenüber Ausländern eindeutige Spielregeln aufstellen und diese konsequent durchsetzen. Es muss für alle klar sein, wer sich hier unter welchen Umständen aufhalten darf. Wer dem Staat zur Last fällt, straffällig wird, sich stur gegen hiesige Sitten und Bräuche stellt oder radikale Tendenzen aufweist, ist auszuweisen. Eine konsequentere Gangart macht unsere Gesetze glaubwürdiger, bringt uns mehr Sicherheit und weniger Sozialkosten. Gleichzeitig werden so jene Ausländer belohnt, die bereit sind, etwas zu leisten, sich gut zu integrieren und die sich an die Spielregeln halten.

Ausgewiesene Spezialisten anstatt Billiglohnarbeiter

International tätige Firmen müssen die besten Talente in die Schweiz holen können, um im weltweiten Wettbewerb zu be-

stehen. Dies ist wichtig für die Schweiz als Standort führender Forschungseinrichtungen und Hersteller innovativer Produkte. Doch während die Zuwanderung von Spezialisten aus so genannten Drittstaaten (ausserhalb der EU) beschränkt ist, können aus der EU wegen der Personenfreizügigkeit alle in die Schweiz einwandern, unabhängig von ihren Qualifikationen.

Wohlstand stagniert wegen Zuwanderung

Wirtschaftsverbände wie die «economiesuisse» behaupten, die Schweiz habe von der Personenfreizügigkeit profitiert, denn schliesslich sei das Bruttoinlandprodukt gewachsen. Aber warum merkt der einzelne Bürger nichts davon, weshalb stagnieren die Löhne? Der Kuchen wird zwar leicht grösser, muss aber auf wesentlich mehr Menschen in unserem Land verteilt werden. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ist der Ausländeranteil um 1.1 Millionen (700'000 alleine aus der EU) auf gut 2.1 Millionen Menschen angewachsen. Jeder vierte Einwohner der Schweiz ist mittlerweile Ausländer. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf stagniert bei rund 79'000 Franken (2017). Die Schweiz gerät punkto Wertschöpfung und Produktivität ins Hintertreffen. Das muss sich ändern.

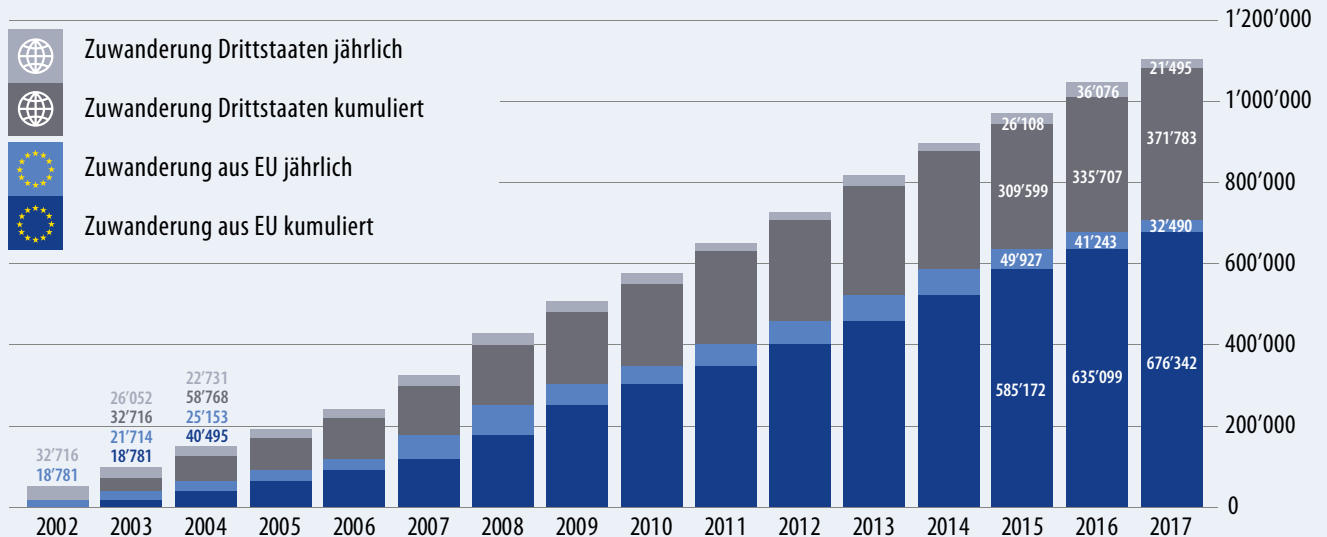
Masslose Zuwanderung hat Folgen für alle

Die Folgen der Bevölkerungszunahme sind täglich und für alle spür- und erlebbar: überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem

Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohndruck, Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt, Kulturwandel in den Führungsetagen. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild. Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz.

Personenfreizügigkeit: ein gescheitertes Experiment
 Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bestimmen wir nicht mehr selber, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Damit muss Schluss sein. Traditionellen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Austra-

Über 1,1 Millionen Nettozuwanderer seit Einführung der Personenfreizügigkeit



Quelle: BFS, Internationale Wanderungen der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter

lien käme es nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Vielmehr verschärfen viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze. Ziel muss es sein, die Einwanderung strikte nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen, im Interesse der Sicherheit und nach den verfügbaren Ressourcen der Schweiz auszurichten.

Begrenzungs-Initiative regelt Zuwanderung

Mit der «Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung» will die SVP eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung und ein Verbot jeglicher Personenfreizügigkeit erreichen. Die Initiative wurde am 31. August 2018 mit 119'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Weil sich das Parlament weigerte, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, muss das Volk nun ein Machtwort sprechen. Der Bundesrat soll beauftragt werden, mit der EU zu verhandeln und das Personenfreizügigkeitsabkommen spätestens zwölf Monate nach Annahme der Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.

Sozialleistungen und Familiennachzug beschränken

Klare Einschränkungen beim Familiennachzug und bei den Sozialleistungen sollen dafür sorgen, dass keine Ausländer in die Schweiz einwandern, die nicht für sich selber aufkommen und nur vom Staat leben wollen. Dazu soll zum Beispiel der

Grundsatz gelten, dass nur Arbeitslosenentschädigung erhält, wer in der Schweiz mindestens zwei Jahre Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Auch für den Erhalt von Fürsorgeleistungen sollen solche Fristen schweizweit vorgegeben werden. Beim Familiennachzug muss dafür gesorgt werden, dass nur jene Personen ihre Familien nachziehen dürfen, die auch für diese aufkommen können und über eine entsprechend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen. Mit einer solchen Senkung der Ansprüche an den Staat kann die Zuwanderung stark eingeschränkt werden, ohne dass der Wirtschaft wichtige Fachkräfte entzogen werden.

Konsequentes Vorgehen gegen Illegale

Bei illegalen Einwanderern und illegalen Aufenthaltern muss die Schweiz endlich durchgreifen. Hierzu müssten die geltenden Ausländergesetze lediglich strikt und konsequent angewendet werden. Dabei sind auch die Kantone gefragt. Neu eingeführte Regelungen, wonach illegal Anwesende Schulen besuchen, Lehren absolvieren und sogar in die AHV einzahlen können, widersprechen jedem normalen Rechtsverständnis. Denn die sogenannten «Sans-Papiers» sind nicht nur illegal hier, sie bezahlen auch keinerlei Steuern. Personen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere aufgegriffen werden, müssen ausgewiesen werden. Um die illegale Einreise zu erschweren, sind die Grenzen wieder besser zu kontrollieren. Jene Ausländer, die sich um einen regulären Aufenthalt in der Schweiz bemühen, werden heute benachteiligt und es werden falsche Anreize geschaffen.

Integration muss von den Zuwanderern ausgehen

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich vorgängig bewusst sein, was dies bedeutet. Es gilt, die lokale Sprache zu erlernen und sich mit den Sitten und Bräuchen vertraut zu machen. Nur, wenn der Wille zur Integration von den Zuwanderern ausgeht, kann sie erfolgreich sein. Heute verfolgt die Politik jedoch immer mehr den gegenteiligen Ansatz: Die Behörden sollen dafür sorgen, dass sich die Ausländer integrieren. Mit teuren staatlichen Mass-

nahmen und Angeboten – finanziert durch Steuergelder – soll der Anreiz zur Integration erkaufte werden. Wer sich nicht integrieren will, soll das Land wieder verlassen.

Einbürgerung als Abschluss der Integration

Nur wer sich erfolgreich integriert hat, auf eigenen Beinen steht, keine Vorstrafen aufweist und eine Landessprache gut beherrscht, soll sich einbürgern können. Erst wer diesen Schritt gemacht hat, soll das Privileg erhalten, auch politisch



mitbestimmen dürfen. Das Ausländerstimmrecht lehnt die SVP ab, jede weitere Erleichterung der Einbürgerung ebenso. Damit Eingebürgerte nicht kurz nach Erhalt der Staatsbürgerschaft kriminell werden, ist eine Einbürgerung auf Probe einzuführen. Erst wer über mehrere Jahre bewiesen hat, dass er sich an unsere Rechtsordnung hält, soll den Schweizer Pass endgültig erhalten. Doppelbürger, die schwere Straftaten begehen oder sich extremistischen Organisationen anschliessen, soll der Schweizer Pass entzogen werden.

Seit Jahren hohe Einbürgerungszahlen

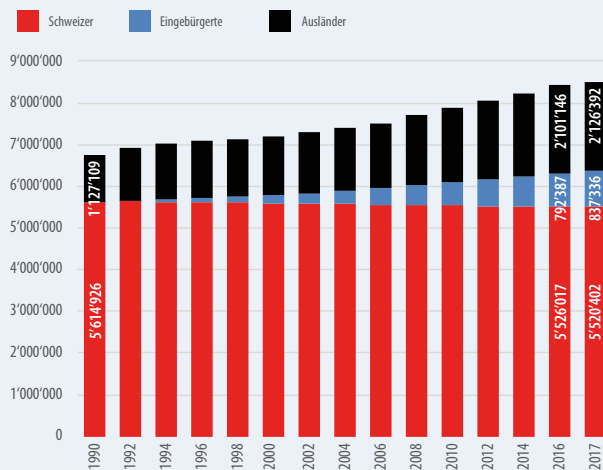
Die hohen Ausländeranteile versuchen die Linken damit zu erklären, dass die Schweiz sehr restriktiv einbürgere. Dies widerspricht jedoch den Einbürgerungsstatistiken. Seit 2002 hat die Schweiz jedes Jahr zwischen 35'000 und 46'000 Ausländer eingebürgert, Tendenz steigend. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dies im internationalen Vergleich sehr hoch. Europaweit liegen wir damit in den Top 5. Trotzdem erhöht sich der Ausländeranteil von Jahr zu Jahr.

Probleme «eingebürgert»

Die lasche Einbürgerungspraxis in gewissen Kantonen und links regierten Städten hat dazu geführt, dass viele Personen den Schweizer Pass erhalten haben, die gar nicht oder schlecht integriert sind. Nicht wenige Neuschweizer sprechen kaum eine Landessprache, anerkennen die hiesigen Sitten nicht oder werden bereits kurz nach der Einbürgerung straffällig. Statistisch werden diese Personen dann aber als Schweizer erfasst.

Damit hat man viele Ausländerprobleme einfach eingebürgert. Die Einbürgerung muss am Ende einer erfolgreichen Integration stehen. Das Schweizer Bürgerrecht darf nur bei korrektem Verhalten, eigener Existenzgrundlage und guter Kenntnis mindestens einer Landessprache erteilt werden.

Die schweizer Bevölkerung bleibt stabil – Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion!



Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz
Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert

Standpunkte

Die SVP ...

- will mit der «Begrenzungs-Initiative» eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung und ein Verbot jeglicher Personenfreizügigkeit erreichen;
- will die Rekrutierung von ausgewiesenen ausländischen Spezialisten zugunsten unserer Wirtschaft ermöglichen, auch aus Staaten ausserhalb der EU;
- will verhindern, dass die Zuwanderung den Druck auf die Löhne weiter erhöht und insbesondere ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt verdrängt;
- fordert die konsequente und rasche Ausschaffung von illegalen Aufenthaltstiteln und kriminellen Ausländern;
- fordert die Beschränkung des Familiennachzuges und der Sozialleistungen für alle Zuwanderer, um die Einwanderung in den Sozialstaat zu verhindern;
- fordert den Entzug der Aufenthaltsbewilligung, wenn die Sozialhilfeabhängigkeit länger als zwei Jahre dauert;
- fordert, dass sich alle an die hiesigen Regeln, Sitten und Gepflogenheiten halten;
- bekämpft die Aufblähung von teuren staatlichen Integrationsmassnahmen. Integration muss von den Einwanderern ausgehen;
- akzeptiert nicht, dass Kantone Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid leisten, welche die Schweiz schon lange verlassen müssten;
- bekämpft die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern;
- widersetzt sich jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung;
- fordert die Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann;
- widersetzt sich jeglicher Form von Stimm- und Wahlrecht für Ausländer;
- fordert, dass vor Genehmigung von Migrations- und Flüchtlingspakt sowie vor Übernahme von sogenanntem «Soft law» der Bundesrat dem Parlament einen ordentlichen und referendumsfähigen Bundesbeschluss vorlegt.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ am Arbeitsplatz weniger Konkurrenzdruck durch billige Arbeitskräfte aus der EU;
- ✓ als Stimmbürger die Möglichkeit, die Zuwanderungspolitik mitzubestimmen;
- ✓ als Nachbar, Ausländer, die sich an die hiesigen Regeln halten;
- ✓ Mitbürger, die wirklich integriert sind und mit denen ich mich problemlos verständigen kann;
- ✓ mehr Sicherheit, weil kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden;
- ✓ eine Schweiz, die so bleibt, wie wir sie kennen und lieben.